WB-EZ-01-034-2

Wir kämpfen um Europas Zusammenhalt

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WB-EZ-01

Von Zeile 34 bis 46:

Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Oberste Priorität in den Verhandlungen muss eine starke Europäische Union sein. Der Zusammenhalt der EU 27 und die Interessen der Mitgliedstaaten haben zweifelsfrei Priorität vor dem Einzelinteresse des Vereinigten Königreichs.. Einen britischen „Austritt à la carte“ gilt es auszuschließen. Ein freier Zugang zum EU-Binnenmarkt darf wie bisher nur möglich sein, wenn die Einheitlichkeit des Europarechts, die Rechtssetzung und Jurisdiktion der Gemeinschaftsorgane und die Geltung aller vier Grundfreiheiten insbesondere der Personenfreizügigkeit gewahrt bleiben. Europa zusammenzuhalten wird in den Verhandlungen die Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Dazu gehört, dass Deutschland in den Verhandlungen für den neuen Finanzrahmen der EU ab 2021 bereit ist auch mehr finanzielle Verantwortung zu übernehmen. Mit dem Dogma von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble, die EU dürfe nicht mehr als 1% ihrer Wirtschaftsleistung ausgeben, muss Schluss sein, wenn die EU nach dem Brexit überhaupt noch handlungsfähig sein soll.

~~Die Debatte um die negativen Folgen des Brexits für Großbritannien zeigt erst recht: Durch Kooperation, gemeinsame Standards und gemeinsames Auftreten nach außen gewinnen am Ende alle. Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen. Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Allerdings gehören die vier europäischen Grundfreiheiten, also die Freizügigkeit von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital, für uns unverhandelbar zusammen. Zugang zum Binnenmarkt kann es nur mit einer vollständigen Freizügigkeit für Europäerinnen und Europäer geben.~~Mit großem Bedauern haben wir den Austrittsbeschluss der Briten zur Kenntnis genommen. Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens gehören für uns zu Europa. Dem Wunsch der Schotten und Nordiren wie auch der vielen Menschen im Vereinigten Königreich, die in der EU bleiben wollen, begegnen wir mit Offenheit und Sympathie. Wir werden uns darum auch in Zukunft für eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich einsetzen. Darüber hinaus stellen wir klar: Unsere Tür bleibt offen. Die Europäische Union bleibt ein Projekt des Friedens und Zusammenwachsens. Deshalb reichen wir allen die Hand, die weiterhin unter dem Dach der EU gemeinsam die Zukunft gestalten wollen.

Allen schon länger in Deutschland lebenden Britinnen und Briten wollen wir einen einfachen Weg in die deutsche und damit einen Verbleib in der EU-Staatsbürgerschaft

Begründung

Es ist entscheidend, dass wir klare inhaltliche Linien für die Positionierung Deutschland in den Brexit-Verhandlungen beschreiben. Neben den bisherigen Positionen zu Zugang zum Markt und den

Grundfreiheiten sollten wir uns auch trauen über das Geld zu reden. Am EU-Haushalt hängen überall in Europa, aber vor allem in den wirtschaftlich schwächeren Regionen viele Investitionen und Fördermaßnahmen mit Nähe zum Arbeitsmarkt.

Die finanziellen Wirkungen des Brexit sind bisher vor allem für die Zeit bis 2020 in der Debatte. Aber auch darüber hinaus bleiben Folgewirkungen. Zunächst muss die EU und die Breg klar machen, dass London auch nach dem Ende des derzeitigen mittelfristigen Finanzrahmens Ende 2020 alle politisch und rechtlich bereits eingegangenen Verpflichtungen bedienen muss.

Aber: Auch wenn man das alles einrechnet, ergeben sich finanzielle Auswirkungen auf den EU-Haushalt. Aufgrund der relativ größeren Wirtschaftsleistung des UK verändert sich die gesamte Rechengrundlage für das EU-Budget, so dass alleine dadurch rein rechnerisch etwa 10 Mrd Euro im Jahr rechnerisch fehlen, gemessen am Maßstab der Obergrenze des Ausgabenrahmens der EU von 1,23 Prozent. Gemessen am konkreten Zahlungsziel der Mitgliedstaaten von 1% wären das sogar rund 25 Mrd. Euro. Der Versuch die gesamte Fehlsumme einzusparen garantiert, die EU in den Verhandlungen mit UK auseinandertreiben würde.

Unterstützer*innen

Luise Amtsberg (Kiel KV); Terry Reintke (Gelsenkirchen KV); Jan Seifert (Berlin-Mitte KV); Gerhard Schick (Mannheim KV); Anja Margarete Helene Hajduk (Hamburg-Nord KV); Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Frithjof Schmidt (Bochum KV); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV); Benjamin Eschenburg (Hamburg-Altona KV); Dennis Paustian-Döscher (Hamburg-Wandsbek KV); Karl-Heinz Karch (Hamburg-Mitte KV); Anna Cavazzini (Berlin-Kreisfrei KV); Johannes Diether Schönfelder (Hamburg-Nord KV); Peter Schaar (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Sven Giegold (Düsseldorf KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ursula Streng (Starnberg KV); Benjamin Bremer (Potsdam KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Hendrik Hinrichs (Hamburg-Nord KV); Andreas Reichel (Hamburg-Eimsbüttel KV); Otfried Hilbert (Hamburg-Wandsbek KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Peer Kaeding (Hamburg-Altona KV); Ulrich Paulsdorff (Hamburg-Eimsbüttel KV)